

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
A. Anlass und Gegenstand der Untersuchung	13
B. Zum Terminus und zur Definition von Whistleblowing	18
C. Gang der Untersuchung	21
 Teil I: Anzeigerecht des Arbeitnehmers	25
A. Nebenpflichten als Begrenzung von an sich uneingeschränktem Whistleblowing	25
B. Zum Verständnis der arbeitsvertraglichen Nebenpflichten	26
I. Treue- und Loyalitätsverpflichtungen im Rückblick	26
II. Einzelne relevante Nebenpflichten	31
1. Verschwiegenheitspflicht	32
2. Allgemeine Rücksichtnahmepflicht	33
3. Interne Anzeigepflicht	34
4. Weitere potenziell betroffene Nebenpflichten	35
III. Ausgestaltung und Begrenzung der Nebenpflichten durch Grundrechtspositionen der Arbeitsvertragsparteien	35
IV. Grundrechte des Arbeitnehmers	41
1. Petitionsfreiheit, Art. 17 GG	41
a) Schutzbereich	41
b) Rezeptionsgeschichte und Bedeutung der Petitionsfreiheit	43
(1) Exemplarische Whistleblowing-Fälle in der früheren Rechtsprechung	43
(2) Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 2001 als entscheidender Wendepunkt	46
(3) Grundrechtliche Verankerung: Verständnis eines umfassenden Anzeigerechts als Konsequenz des staatlichen Rechtsmonopols	49
(4) Rechtsprechung und Literatur in der Folge des Beschlusses von 2001	53
c) Zusammenfassende Stellungnahme	55
2. Meinungsfreiheit, Art. 5 I GG	55
3. Gewissensfreiheit, Art. 4 I GG	58
V. Zu beachtende Arbeitgeberinteressen	59

C. Schlussfolgerungen aus der Grundrechtsbetrachtung	61
I. Anmerkungen zur Rechtsprechung – insbesondere zum Postulat des BAG nach „Verhältnismäßigkeit“	62
II. Problem der Berücksichtigung von Allgemeininteressen	67
1. Interesse an einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege und wirksamen Strafverfolgung	68
2. Sonstige Allgemeininteressen	75
III. Begründung eines umfassenden Regel-Ausnahme-Verhältnisses	82
D. Unmöglichkeit der vertraglichen Beschränkung durch gesonderte Verschwiegenheitsklauseln	85
E. Die „Indizien“ für eine Unverhältnismäßigkeit	88
I. Berechtigung der Anzeige	89
II. Motivation für die Anzeige	92
III. Vorrang eines innerbetrieblichen Abhilfeverlangens	95
1. Verhältnis von externem Anzeigerecht und interner Anzeigepflicht	96
2. Differenzierung nach Anzeigegegenstand	100
a) Strafanzeigen	100
(1) 1. Fallgruppe: Strafbewehrte Pflicht zur externen Anzeige ...	101
(2) 2. Fallgruppe: Differenzierung nach Beschuldigtem	101
aa) Straftaten des Arbeitgebers	102
bb) Schwerwiegende Straftaten von Arbeitskollegen	105
(3) 3. Fallgruppe: Berechtigterweise zu erwartende Abhilfe	107
(4) Zusammenfassende Stellungnahme	110
b) Arbeitsschutz	111
c) Sonstige Rechtsverstöße und Missstände	115
IV. Vorrang der Selbsthilfe	117
V. Vorrangig geltend zu machendes Leistungsverweigerungsrecht	119
VI. Form der Anzeige	120
F. Whistleblowing gegenüber der Öffentlichkeit	121
G. Gewerkschaften als zulässige Adressaten von Whistleblowing	127
H. Rechtliche Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers auf bereits erfolgtes Whistleblowing	131
I. Kündigungsmöglichkeiten	131
II. Schadensersatz- und Widerrufsansprüche	134
I. Repressalien in Zusammenhang mit Whistleblowing	138
J. Reformtendenzen	142
I. Sinn und Zweck einer gesetzlichen Regelung	142
II. Gesetzesentwurf für § 612a „Anzeigerecht“ BGB n.F.	144
1. Anwendungsbereich der Norm	146

2. Anmerkungen zum Tatbestand	148
III. Entwurf von Henssler und Preis: § 78 ArbVG-E	152
1. Anwendungsbereich der Norm	154
2. Anmerkungen zur Gesetzesüberschrift	155
3. Anmerkungen zum Tatbestand	157
4. Zusammenfassende Stellungnahme	160
IV. Eigener Gesetzesvorschlag	161
1. Textfassung eines neuen § 612a BGB	162
2. Erläuterungen zum Gesetzesvorschlag	163
Teil II: Anzeigepflicht des Arbeitnehmers	165
A. Interesse der Beteiligten an internem Whistleblowing	165
I. Arbeitgeberinteresse	166
II. Arbeitnehmerinteresse	170
III. Weitgehende Kongruenz	171
B. Gesetzliche Verpflichtungen zur internen Anzeige	172
C. Interne Anzeigepflicht als Ausprägung arbeitsvertraglicher Nebenpflichten	173
I. Allgemeiner Inhalt der Anzeigepflicht	173
II. Pflicht zu internem Whistleblowing	175
1. Grundrechtlich geprägte Interessengegensätze	176
2. Ansätze für einen erforderlichen Interessenausgleich	179
3. Zusammenfassende Stellungnahme	183
D. Einführung von speziellen „Whistleblower-Klauseln“	185
I. Konkretisierungsmöglichkeit durch das Direktionsrecht	186
II. Individualvertragliche Vereinbarungen	189
1. Allgemeine Inhaltskontrolle	189
2. Whistleblowing-Klauseln am Maßstab der AGB-Vorschriften	190
a) Anwendungsbereich der §§ 305ff. BGB	190
b) Inhaltskontrolle nach den §§ 307ff. BGB	192
III. Änderungskündigung	196
IV. Betriebsvereinbarungen	198
V. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	201
1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb (§ 87 I Nr. 1 BetrVG)	202
a) Zuordnung zum Ordnungs- und Arbeitsverhalten	202
b) Whistleblowing-Klauseln als Bestandteil von Ethik- und Verhaltenskodizes	206
2. Arbeitnehmerüberwachung durch technische Einrichtungen (§ 87 I Nr. 6 BetrVG)	208

E. Auswirkungen des Datenschutzrechts	210
I. Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes	212
II. Datenschutzrechtliche Rechtfertigung	213
1. Einwilligungslösung	214
2. Gesetzliche Ermächtigung (Abwägungslösung)	214
a) Verhältnismäßigkeitserwägungen	215
b) Mögliche Auswirkungen auf die Rechte- und Pflichtenstruktur	216
Teil III: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	219
Literaturverzeichnis	223